

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 14 | 08.04.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## NEUERSCHEINUNGEN

Matthäus Metzler

### [Ausgleichsenergie im Elektrizitätsrecht](#)

Untersuchung des Bilanzgruppensystems aus verwaltungs- und verfassungsrechtlicher Perspektive

Verlag Österreich; 193 Seiten, broschiert; 48,00 €; ISBN: 978-3-7046-7336-7

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 73/2016](#)

Verordnung der Bundesministerin für Bildung und Frauen über die Pflicht zur Mitwirkung an Erhebungen durch das BIFIE (**6. BIFIE-Erhebungsverordnung**)

### [BGBl II 77/2016](#)

Verordnung der Bundesministerin für Inneres über die Deaktivierung von Schusswaffen (**Deaktivierungsverordnung 2016 – DeaktV 2016**)

### [BGBl II 78/2016 \(Anlagen\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport über die Deaktivierung von Kriegsmaterial 2016 (**Kriegsmaterial-Deaktivierungsverordnung 2016 – KM-DeaktV 2016**)

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABl L 91 v 07.04.2016, 22](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2016/542 des Rates vom 15. Februar 2016 über einen **kurzfristigen finanziellen Beistand** der Union für **Griechenland** (2015/1181)

### III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

#### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

24.02.2016, [E 1855/2014](#)

**Vbg TourismusG**; keine Bedenken gegen eine Bestimmung des Vbg TourismusG betreffend die **Bemessung** des von **Geld- und Kreditinstituten** zu entrichtenden **Tourismusbeitrags**; keine Unsachlichkeit des Anknüpfens des abgabepflichtigen Umsatzes an bestimmte Provisionserträge und deren Vervielfachung; Zulässigkeit einer typisierenden Regelung in Bezug auf den Fremdenverkehrsnutzen; keine Bedenken gegen die Einreihung in der Vbg AbgabegruppenV; Abweisung der Beschwerde

25.02.2016, [E 615/2015](#)

08.03.2016, [E 137/2016](#); [E 1268/2015](#); [E 1545/2015 ua](#); [E 2131/2015](#)

**AsylG**; Anlassfälle zu VfGH 23.02.2016, [G 574/2015](#)

29.02.2016, [V 114/2015](#)

**Vbg RaumplanungsG**; Abweisung eines Antrags des LVwG Vbg auf Aufhebung einer Änderung des Flächenwidmungsplans der Stadt Dornbirn betreffend die **Umwidmung bestimmter Grundstücke** im Einkaufszentrum Messepark Dornbirn; zutreffende Festlegung der Gesamtverkaufsflächen entsprechend der bestehenden baurechtlichen Bewilligung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Raumplanungsgesetz-Novelle 2006

29.02.2016, [V 132/2015](#)

**Oö BauO**; **Oö RaumOG**; Gesetzwidrigkeit einer VO betreffend **Erklärung eines Gebiets zum Neuplanungsgebiet** mangels Umschreibung der beabsichtigten Neuplanung infolge Nichtberücksichtigung des bereits erlassenen textlichen Bebauungsplans mit einer – als VO zu qualifizierenden – Bebauungsrichtlinie

29.02.2016, [G 314/2015](#)

**Bauarbeiter-Urlaubs- und AbfertigungsG**; **AngestelltenG**; keine Gleichheitswidrigkeit der Bestimmungen über den **gedeckelten Abfertigungsanspruch von Bauarbeitern bei Eingehen eines neuen Arbeitsverhältnisses** zu einem neuen Arbeitgeber; Ungleichbehandlung der dem Bauarbeiter-Urlaubs- und AbfertigungsG bzw dem AngestelltenG unterliegenden Arbeitnehmer durch Unterschiede im Tatsächlichen gerechtfertigt im Hinblick auf die Besonderheiten der Baubranche; Abweisung des Parteiantrags

29.02.2016, [G 384/2015](#)

**BundesG über die Durchführung von ästhetischen Behandlungen und Operationen**; keine Kompetenzwidrigkeit der Regelung über das **Werbeverbot für ästhetische Behandlungen und Operationen**; Verbot zur Verminderung der Gefahr leichtfertiger Inanspruchnahme medizinisch nicht indizierter ästhetischer Behandlungen und Operationen geeignet und daher zulässigerweise auf Grund des Kompetenztatbestands des Gesundheitswesens **auch an juristische Personen als Träger privater Krankenanstalten gerichtet**

08.03.2016, [V 136/2015 ua](#) (Anlassfall [E 1583/2014 ua](#))

**WirtschaftskammerG**; Aufhebung von **Grundlagenverordnungen** der **Fachgruppe Holzindustrie** als gesetzwidrig mangels einheitlicher Festsetzung der Bemessungsgrundlage

08.03.2016, [G 446/2015](#)

**GeschäftsO des Bgld Landtages**; Abweisung eines Antrags der Abgeordneten zum **Burgenländischen Landtag** auf Aufhebung der Art 3, 4, 6, 8 bis 14, 16 des Bgld Landesgesetzes vom 21. Juli 2015, LGBl 38/2015; kein Verstoß gegen die Bestimmungen der Bgld LTGO; Berechtigung der **Anordnung einer namentlichen Abstimmung** aufgrund vertretbarer Zweifel

hinsichtlich des Ergebnisses der Abstimmung; keine Verfassungswidrigkeit bezüglich der von der vorsitzenden Dritten Landtagspräsidentin vorgenommene Richtigstellung des bereits verkündeten Abstimmungsergebnisses

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

VwGH 11.03.2016, [2013/06/0194](#)

**Stmk BauG**; Antrag auf Baubewilligung für den Neubau eines Einfamilienhauses; Nachbareinwendung hinsichtlich einer **Verletzung des Grenzabstands**; gem § 13 Abs 2 Stmk BauG muss jede Gebäudefront, die nicht unmittelbar an einer Nachbargrenze errichtet wird, von dieser einen näher beschriebenen Grenzabstand einhalten; eine diesbezügliche Verletzung in seinen Rechten kann aber nur der Eigentümer des unmittelbar angrenzenden Grundstücks geltend machen

VwGH 11.03.2016, [Ra 2014/06/0043](#)

**Tir BauO**; Erteilung der Baubewilligung für den Neubau eines Einfamilienhauses; div Nachbareinwendungen; ggst wäre zwar unter Heranziehung von SV zu klären gewesen, ob hinsichtlich der **Gebäudehöhe** die **Voraussetzungen des § 7 Abs 2 Tir BauO** erfüllt sind; der Nachbar hat diesbezüglich allerdings kein Mitspracherecht

VwGH 11.03.2016, [Ra 2015/06/0013](#)

**Ktn GemeindeplanungsG**; Baubewilligung für den Neubau von sieben PKW-Fertigteilgaragen; div Nachbareinwendungen; Nachbarn haben ein subjektives Recht auf Einhaltung der Flächenwidmung; entscheidungswesentlich ist daher, ob das geplante **Garagengebäude** eine **zu einem Wohngebäude dazugehörige sonstige bauliche Anlage** iSd § 3 Abs 6 lit a Ktn GemeindeplanungsG ist; eine Dazugehörigkeit kann sich etwa ergeben, wenn durch die Garage Pflichtstellplätze für ein Wohnhaus geschaffen werden oder wenn die Benützung der Garage nur durch Eigentümer oder andere rechtlich befugte Benützer des Wohnhauses erfolgt

## **C. VERWALTUNGSGERICHE**

LVwG Oö 30.03.2016, [LVwG-700138](#)

**Oö PolizeistrafG**; anders als § 1a Abs 1 Oö PolizeistrafG knüpft § 1a Abs 3 leg cit bloß an ein Betteln schlechthin an; strafbar ist daher eine Person bereits dann, wenn diese **beim Betteln bloß eine unmündige Person mit sich führt**, ohne dass es zusätzlich darauf ankäme, dass das Betteln zudem auch aufdringlich, aggressiv oÄ ist

LVwG Oö 25.03.2016, [LVwG-410993](#)

**ÜbergangsG 1920**; Bestätigung einer vorläufigen Beschlagnahme von Glücksspielgeräten durch ein als „Bescheid“ bezeichnetes Schreiben des Bezirkshauptmanns; Behörde ist nicht „der Bezirkshauptmann“, sondern nach § 8 Abs 5 lit b ÜbergangsG 1920 „die Bezirkshauptmannschaft“; da dem **Schreiben „des Bezirkshauptmannes“** sohin **keine Bescheidqualität** zukommt, war die dagegen erhobene Beschwerde als unzulässig zurückzuweisen

**Hinweis:** Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich ([www.lvwg-ooe.gv.at](http://www.lvwg-ooe.gv.at)) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ ([www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at](http://www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at); seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Sbg 02.02.2016, [LVwG-3/315/6-2016](#)

**Sbg RaumordnungsG**; Untersagung einer nicht betrieblich bedingten Wohnnutzung; gem § 30 Abs 1 Z 7 Sbg RaumordnungsG sind „**betrieblich bedingte Wohnbauten**“ in ihrer Nutzung auf die betriebliche Zugehörigkeit zum unterhalb der Wohnung befindlichen Betrieb beschränkt; eine **rein private Wohnnutzung** ist nicht „betrieblich bedingt“, auch wenn sie durch den Sohn des Betriebsinhabers erfolgt

LVwG Sbg 10.02.2016, [LVwG-3/316/5-2016](#)

**Sbg BaupolizeiG**; bei der ggst **Mauer** handelt es sich um eine **Einfriedung**, welche gem § 2 Abs 1 Z 7 Sbg BaupolizeiG **bewilligungspflichtig** ist; Einfriedungen stellen Einrichtungen dar, die ein Grundstück schützend umgeben bzw nach außen abschließen sollen; dabei ist es weder erforderlich, dass sich die Einfriedung auf die gesamte Grundstückslänge bzw -breite erstreckt, noch, dass sie sich unmittelbar an der Grundstücksgrenze befindet

LVwG Vbg 24.03.2016, [LVwG-472-003/R11-2015](#)

**WassergebührenO Silbertal**; für die Vorschreibung einer **Wasseranschlussgebühr** kommt es nicht darauf an, ob die Gemeinde die Wasserversorgungsanlage (samt den Anschlüssen) selbst errichtet oder ob die **Gemeinde** eine **bereits bestehende Wasserversorgungsanlage** samt den bereits bestehenden Anschlüssen **erwirbt**

LVwG Wien 07.03.2016, [VGW-111/005/34972/2014](#)

**BauO für Wien**; Anspruch auf **Geldentschädigung** mangels Möglichkeit der Rückstellung von **enteigneten Grundflächen**; die Entschädigung ist nur **auf Basis der bestehenden Widmung** „Grünland-Schutzgebiet, Wald- und Wiesengürtel“ zu bemessen, aus § 58 Abs 2 lit d BauO für Wien folgt nicht, dass der Empfänger einer Geldentschädigung gegenüber dem Empfänger einer in natura zurückgestellten Grundfläche bessergestellt werden soll

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

[05.04.2016, Rs C-689/13, PFE](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Dienstleistungsaufträge** – Richtlinie 89/665/EWG – Art 1 Abs 1 und 3 – **Nachprüfungsverfahren** – **Klage eines Bieters**, dessen Angebot nicht angenommen wurde, auf **Nichtigerklärung der Entscheidung** über die Vergabe eines öffentlichen Auftrags – **Anschlussrechtsbehelf des Zuschlagsempfängers** – Von der nationalen Rechtsprechung entwickelte Regel, nach der zunächst der Anschlussrechtsbehelf zu prüfen ist und bei dessen Begründetheit die Klage ohne Prüfung ihrer Begründetheit für unzulässig zu erklären ist – Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht – Art 267 AEUV – Grundsatz des **Vorrangs des Unionsrechts** – Durch eine Entscheidung des Plenums des obersten Verwaltungsgerichts eines Mitgliedstaats aufgestellter Rechtsgrundsatz – Nationale Regelung, nach der diese Entscheidung für die Kammern dieses Gerichts verbindlich ist – Pflicht der mit einer unionsrechtlichen Frage befassten Kammer, diese Frage, falls sie mit der Entscheidung des Plenums nicht einverstanden ist, an dieses zu verweisen – **Befugnis oder Pflicht der Kammer**, den Gerichtshof um **Vorabentscheidung zu ersuchen**

[05.04.2016, Rs C-404/15 und C-659/15 PPU, Aranyosi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Europäischer Haftbefehl** – Gründe für die Ablehnung der Vollstreckung – **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Art 4 – Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung – **Haftbedingungen im Ausstellungsmitgliedstaat**

[07.04.2016, Rs C-186/14 P und C-193/14 P, ArcelorMittal Tubular Products Ostrava ua / Hubei Xinyegang Steel Co](#)

Rechtsmittel – Dumping – Verordnung (EG) Nr 384/96 – Art 3 Abs 5, 7 und 9 – Art 6 Abs 1 – Verordnung (EG) Nr 926/2009 – Einführen bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder Stahl aus China – **Endgültiger Antidumpingzoll** – Feststellung einer **drohenden Schädigung** – Berücksichtigung von Daten aus der Zeit nach dem Untersuchungszeitraum

[07.04.2016, Rs C-294/14, ADM Hamburg](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion und Gemeinsamer Zolltarif – Zollkodex der Gemeinschaften – **Zollpräferenzen** – Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Art 74 Abs 1 – Erzeugnisse mit **Ursprung** in einem **begünstigten Land** – Verkehr – Sendungen bestehend aus einer **Mischung** von Rohpalmkernöl mit Ursprung in **verschiedenen Ländern**, denen dieselbe Präferenzbehandlung zugutekommt

[07.04.2016, Rs C-315/14, Marchon Germany](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Selbständige Handelsvertreter** – Richtlinie 86/653/EWG – Art 17 Abs 2 – **Ausgleichszahlung** für Kunden – Voraussetzungen für die Gewährung – **Werbung neuer Kunden** – Begriff ‚neue Kunden‘ – Kunden des Unternehmers, die erstmals Waren beziehen, deren Vertrieb dem Handelsvertreter anvertraut wurde

[07.04.2016, Rs C-324/14, PARTNER Apelski Dariusz](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 2004/18/EG – Technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsteilnehmer – Art 48 Abs 3 – Möglichkeit, sich auf die **Kapazitäten anderer Unternehmen** zu stützen – Voraussetzungen und Modalitäten – Charakter der zwischen dem Bieter und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen – **Änderung des Angebots** – Ungültigerklärung und **Wiederholung** einer **elektronischen Auktion** – Richtlinie 2014/24/EU

[07.04.2016, Rs C-460/14, Massar](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Rechtsschutzversicherung** – Richtlinie 87/344/EWG – Art 4 Abs 1 – **Freie Wahl des Rechtsanwalts** durch den Versicherungsnehmer – Gerichts- oder Verwaltungsverfahren – Begriff – Von einer Verwaltungsstelle einem Arbeitgeber erteilte Genehmigung zur Auflösung eines Arbeitsvertrags

[07.04.2016, Rs C-483/14, KA Finanz](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Übereinkommen von Rom** – Anwendbares Recht – **Grenzüberschreitende Verschmelzung** – Richtlinie 78/855/EWG – Richtlinie 2005/56/EG – Verschmelzung durch Aufnahme – **Gläubigerschutz** – Übergang des gesamten Aktiv- und Passivvermögens der übertragenden Gesellschaft auf die übernehmende Gesellschaft

[07.04.2016, Rs C-546/14, Degano Trasporti](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – Mehrwertsteuer – Art 4 Abs 3 EUV – Richtlinie 2006/112/EG – **Zahlungsunfähigkeit** – Vergleichsverfahren – **Teilzahlung der Mehrwertsteuerforderungen**

[07.04.2016, Rs C-5/15, Büyüktipi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Rechtsschutzversicherung** – Richtlinie 87/344/EWG – Art 4 Abs 1 – **Freie Wahl des Rechtsanwalts** durch den Versicherungsnehmer – Gerichts- oder Verwaltungsverfahren – Begriff – Widerspruch gegen die **Versagung der Bewilligung einer Behandlung**

[07.04.2016, Rs C-266/15 P, Central Bank of Iran / Rat](#)

Rechtsmittel – **Restriktive Maßnahmen** gegen die Islamische Republik **Iran** – Liste der **Personen und Organisationen**, für die das **Einfrieren von Geldern** und wirtschaftlichen Ressourcen gilt – Kriterium der materiellen, logistischen oder finanziellen Unterstützung der iranischen Regierung – **Finanzdienstleistungen einer Zentralbank**

[07.04.2016, Rs C-284/15, ONEm und M](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 45 AEUV und 48 AEUV – **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Art 15 Abs 2 – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 67 Abs 3 – Soziale Sicherheit – **Arbeitslosengeld** zur **Ergänzung** des Einkommens aus einer **Teilzeitbeschäftigung** – Gewährung dieser Leistung – Zurücklegung von Beschäftigungszeiten – Zusammenrechnung **der Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten** – Berücksichtigung von nach den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats zurückgelegten Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

[05.04.2016, Rs C-57/15, United Video Properties \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Rechte des geistigen Eigentums – Richtlinie 2004/48/EG – Art 14 – Prozesskosten – **Erstattung der Anwalts- und Sachverständigenkosten** – Obergrenze für Anwaltshonorare

**05.04.2016, Rs C-113/15, Breitsamer und Ulrich (GA Sharpston)**

Richtlinie 2001/110/EG – Art 2 Abs 4 – **Angabe des Ursprungslands** bzw der Ursprungsländer, in dem/denen **Honig** erzeugt wurde – Richtlinie 2000/13/EG – Art 1 Abs 3 Buchst b – Bedeutung des Begriffs ‚**vorverpacktes Lebensmittel**‘ – Frage der Angabe des Ursprungslands auf Portionspackungen von Honig, die im Karton an gemeinschaftliche Einrichtungen und nachfolgend separat oder als Bestandteil verkaufter Mahlzeiten verkauft werden – Art 13 Abs 4 – Umfang der Ausnahme für Kleinverpackungen – Verordnung (EU) Nr 1169/2011 – Art 2 Abs 2 Buchst e – Bedeutung des Begriffs ‚vorverpacktes Lebensmittel‘ – Art 16 Abs 2 – **Umfang der Ausnahme für Kleinverpackungen**

**06.04.2016, Rs C-24/15, Plöckl (GA Saugmandsgaard Øe)**

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – **Mehrwertsteuer** – Sechste Richtlinie – Art 28c Teil A Buchst a und d – **Inneregemeinschaftliche Verbringung** – Befreiung – Möglichkeit des Herkunftsstaats, die Befreiung mangels Mitteilung der vom Bestimmungsstaat erteilten **Umsatzsteuer-Identifikationsnummer** zu versagen

**07.04.2016, Rs C-673/13 P, Kommission / Stichting Greenpeace Nederland und PAN Europe (GA Kokott)**

Rechtsmittel – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Zugang zu den Dokumenten der Institutionen – Verordnung (EG) Nr 1367/2006 – **Zugang zu Informationen über die Umwelt** – Informationen, die Emissionen in die Umwelt betreffen – Dokumente, die die Erstgenehmigung für das Inverkehrbringen des Wirkstoffs Glyphosat betreffen – Teilweise **Verweigerung des Zugangs** – Gefahr der **Beeinträchtigung der geschäftlichen Interessen** einer natürlichen oder juristischen Person – Überwiegendes **öffentliches Interesse**

**07.04.2016, Rs C-455/14 P, H / Rat und Kommission (GA Wahl)**

Rechtsmittel – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Zur **Polizeimission** der Europäischen Union in **Bosnien und Herzegowina** abgeordnete nationale Expertin – **Versetzungsentscheidung** – Art 24 Abs 1 EUV – Art 275 AEUV – **Zuständigkeit des Gerichtshofs** der Europäischen Union – Befugnisse der nationalen Gerichte – Kategorien von Rechtsakten im Bereich der GASP – Begriff ‚restriktive Maßnahme‘

**07.04.2016, Rs C-442/14, Bayer CropScience und Stichting De Bijenstichting (GA Kokott)**

Richtlinie 2003/4/EG – **Zugang zu Umweltinformationen** – Ausnahmen – **Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse** – Informationen über Emissionen in die Umwelt – Vertraulichkeit – Verordnung (EG) Nr 1107/2009 – Pflanzenschutzmittel – Richtlinie 98/8/EG – Biozidprodukte

**07.04.2016, Rs C-70/15, Lebek (GA Kokott)**

Vorabentscheidungsersuchen – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 34 Nr 2 – Begriff der **Möglichkeit eines Rechtsbehelfs** gegen eine Entscheidung – Verordnung (EG) Nr 1393/2007 – Art 19 – **Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand**

**07.04.2016, Rs C-102/15, Siemens Aktiengesellschaft Österreich (GA Wahl)**

Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 1 Abs 1 – Anwendungsbereich – **Begriff ‚Zivil- und Handelssachen‘** – Art 5 Nr 3 – **Zuständigkeit** für Verhandlung und Entscheidung, wenn eine **unerlaubte Handlung** oder eine Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist, oder Ansprüche aus einer solchen Handlung den Gegenstand des Verfahrens bilden – Klage auf **Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung**

**07.04.2016, Rs C-222/15, Hősziq (GA Szpunar)**

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 23 Abs 1 – **Gerichtsstandsvereinbarung** – Vereinbarung über die Zuständigkeit der Gerichte einer **bestimmten Stadt** eines Mitgliedstaats – **Allgemeine Geschäftsbedingungen**

## C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

30.03.2016, Beschwerde Nr. [5878/08](#), *Armani Da Silva / Großbritannien*

**Keine Verletzung** von Art 2 EMRK (Recht auf Leben - Untersuchungspflichten); konventionskonforme **Untersuchungen** im Fall des Cousins des Bf, der in einer Londoner U-Bahn-Station von **Polizisten erschossen** worden war, nachdem er **irrtümlich** für einen **Selbstmordattentäter** gehalten worden war; keine Verletzung der aus Art 2 EMRK ableitbaren positiven Verpflichtungen, da im konkreten Fall eine adäquate und umfangreiche Untersuchung der Umstände durchgeführt worden war, die zum Ergebnis führte, dass nicht hinreichend Beweise für eine Verurteilung der Polizisten vorlagen

05.04.2016, Beschwerde Nr. [33060/10](#), *Blum / Österreich*

**Verletzung** von Art 6 Abs 1 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); nachdem gegen den Bf Anwalt strafrechtliche Ermittlungen wegen des Verdachts der Beweismittelfälschung eingeleitet worden waren, wurde seitens des Disziplinarrats der **Rechtsanwaltskammer** auch ein **Disziplinarverfahren** eingeleitet; konventionswidrige Verhängung einer einstweiligen Maßnahme (Entziehung des Vertretungsrechts vor Gericht) **ohne vorherige Durchführung** einer vom Bf beantragten **mündlichen Verhandlung**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### DISCLAIMER

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

### IMPRESSUM

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heimpl; Mag. Matthäus Schmied;

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.